

KURZ UND PRÄGNANT

Gegen Rassismus und Intoleranz

„Die allorts zunehmenden Aktivitäten von Neonazis und die von PEGIDA getragene menschenfeindliche Hetze und rassistischen Ressentiments sind mehr als nur ein Warnsignal für die Gefahren, die von rechtsgerichteten Gesinnungen ausgehen. In diesem Zusammenhang ist auch das Treiben der AfD unerträglich“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionschefin der LINKEN im Landtag und Vorsitzende der Partei DIE LINKE in Thüringen, mit Blick auf den Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. „Auch 70 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee geben immer noch weitverbreitete Ressentiments gegen Juden, aber auch gegen religiöse Gruppen oder Flüchtlinge, Anlass, daran zu erinnern, wohin Intoleranz und rassistische Denkmuster in letzter Konsequenz führen können. Erinnerung und Mahnung an alle durch den deutschen Nationalsozialismus getöteten und in den Lagern fabrikmäßig ermordeten Menschen ist wichtig. Jedoch wächst aus der deutschen Verantwortung für diese Gräueltaten vor allem die Verpflichtung, jeder rassistischen und antisemitischen Ausgrenzung, jedem menschenverachtenden oder abwertenden Denk- und Argumentationsmuster entschlossen zu begegnen.“

Bessere Prognose für Langzeitarbeitslose

Erfreut über die neuesten Prognosen der Landesarbeitsagentur für das Jahr 2015, wonach die Zahl der Arbeitslosen in Thüringen auf unter 90.000 sinken werde, zeigte sich Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, die aber zugleich auf die Problematik der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit verwies. „Es wäre wichtig und dringend notwendig, dass auch die Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung von dieser positiven Prognose profitieren“, sagte die Abgeordnete und betonte den eingeschlagenen Weg mit dem Ziel, dass es im Land Thüringen mehr öffentlich geförderte Beschäftigung im gemeinwohlorientierten Bereich geben soll. „Mit einem Modellprojekt, das sich seitens der Landesregierung momentan in der Erarbeitung befindet, wird sinnvolle und notwendige Arbeit finanziert, statt Arbeitslosigkeit und Verwaltung von Arbeitslosen. So wäre es möglich, auch den kommunalen Bereich mit Beschäftigten zu stärken.“ Zudem könnten vom Mindestlohn in Thüringen etwa 300.000 Menschen unmittelbar profitieren.

70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz

AfD-Provokation/Abgeordnete zollen Stiftungsdirektor Volkhard Knigge Respekt

Nachdem öffentlich geworden war, dass die Alternative für Deutschland (AfD) am 27. Januar, dem Gedenktag für die NS-Opfer, in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald einen Kranz niederlegen wollte mit einer Inschrift, die sich an alle „Opfer des Konzentrations- und Speziallagers Buchenwald“ richtete, hatte Stiftungsdirektor Volkhard Knigge der Partei eine entschiedene Absage erteilt.

Damit wären nicht nur Häftlinge der Nazis, sondern auch nach dem Krieg internierte NS-Verbrecher eingeschlossen. „Wir werden nicht zulassen, dass an diesem Tag in dieser relativistischen Manier den Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers ins Gesicht geschlagen wird“, wurde Volkhard Knigge am 21. Januar bei der Nachrichtenagentur dpa zitiert. „Es geht nicht darum, zwischen Opfern erster und zweiter Klasse zu unterscheiden - sondern es geht darum, ernst zu nehmen, dass die sowjetischen Speziallager Kriegsfolge waren. Es geht darum, ernst zu nehmen, dass es hier auch NS-belastete Internierte gegeben hat neben den vielen nicht belasteten“, so Volkhard Knigge im MDR-Thüringenjournal.

Die Abgeordneten Katharina König (DIE LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Madeleine Henfling (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN) bedankten sich für die konsequente und eindeutige Haltung des Stiftungsdirektors der Buchenwald-Gedenkstätte, da die von der AfD ursprünglich geplante Kranzinschrift, den Holocaust relativiere und die Opfer der Shoah und des Stalinismus gleichsetze. Der Versuch der AfD, die in ihrer Schrecklichkeit singulären Verbrechen zu relativieren, stellt eine Verhöhnung der Millionen Opfer des Nationalsozialismus dar.

Auch die erfolgte Änderung lässt nicht im Ansatz erkennen, dass der AfD ein Gedenken der NS-Opfer wichtig wäre

„Am 27. Januar 1945 wurde Auschwitz befreit, seit 1996 ist der 27. Januar bundesweiter Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, seit 2005 internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. 70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz-Birkenau ist angesichts der Millionen Opfer das Auftreten der AfD als purer Zynismus zu bewerten“, betonten die Abgeordneten.

Höcke reagierte verärgert auf die Öffentlichkeitsarbeit der KZ-Gedenkstätte. Es sei unerträglich, wie eine „von Steuergeld finanzierte Institution die Kommunikation mit seiner Fraktion“ verweigere. Der Reflex und die Hysterie hätten bei Knigge über den gesun-

den Menschenverstand gesiegt, warf der AfD-Politiker - und, dies sei ausdrücklich hinzugefügt, Gymnasiallehrer für Geschichte - dem Gedenkstättenleiter vor.

Schließlich hieß es am 23. Januar, dass die AfD nun doch einen Kranz in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald niederlegen könne. Auf der Schleife für den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar solle einfach «In stillem Gedenken» stehen, sagte eine Sprecherin der AfD-Fraktion. Stiftungsdirektor Volkhard Knigge sagte der dpa: „Der Text ist eine absolute Leerformel“, er erfülle ihn mit „leisem Entsetzen“. Er beziehe keine eindeutige Stellung zur NS-Zeit und den Konzentrationslagern. Knigge warf der AfD „eine Flucht vor der Verantwortung“ vor. Er müsse aber diesen dritten Text akzeptieren. Auch die aufgrund der deutlichen Ablehnung durch die Gedenkstätte Buchenwald erfolgte Änderung des Kranzspruches lässt nicht erkennen, dass der AfD ein Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus auch nur im Ansatz wichtig wäre.

„Die Teilnahme der AfD an der Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte ist allein schon deshalb eine unerträgliche Provokation“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Absurde Verfolgung von Engagement gegen Neonazismus

Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionschefin der LINKEN im Landtag und Vorsitzende der Partei DIE LINKE in Thüringen, begrüßte die am 23. Januar in der Sitzung des Justizausschusses erfolgte Aufhebung der Immunität von Bodo Ramelow, um die der Ministerpräsident und Landtagsabgeordnete selbst gebeten hatte.

„Es ist wichtig, den Prozess am Dresdner Amtsgericht neu aufzurollen, um ein Zeichen zu setzen, wie absurd die strafrechtliche Verfolgung von Engagement gegen Neonazismus ist.“

Bodo Ramelow, der damalige Fraktionschef der LINKEN im Thüringer Landtag, hatte gemeinsam mit tausenden engagierten Bürgerinnen und Bürgern im Februar 2010 in Dresden Gesicht gegen braunen Ungeist gezeigt. „Es wird höchste Zeit, dass eine dezidiert politisch motivierte Verfolgung von zivilgesellschaftlichem Engagement ad acta gelegt wird“, betonte die LINKE-Politikerin fügte unterstreichend hinzu, dies sei in diesen Zeiten, wo Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus sich ausbreiten, notwendiger denn je.



Bodo Ramelow wird vorgeworfen, im Rahmen der Demonstration „Dresden Nazifrei“ am 13. Februar 2010 die Blockade eines Aufmarschs der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ mit organisiert zu haben. Tatsächlich hat die Thüringer Fraktion DIE LINKE an diesem Tag eine Fraktionssitzung unter freiem Himmel abgehalten, wozu

es auch entsprechende Beschlüsse im Vorfeld gab.

Archiv-Foto (Peter Lahn): Öffentliche Plakatierung „Dresden Nazifrei“ am 5. Februar 2014 vor dem Landtag mit Bodo Ramelow und Abgeordneten der LINKEN, der SPD und der Grünen.